



Hindenburg-Frontkämpfer Th. Lejpart vor dem Bundesausschuß des ADOB am 15. 2. 32. Und so sollte am 23. März der be- rühmte Krisenkonferenz der Gewerkschaften in großen Stile- tagen zu dem einzigen Zweck, über Arbeitsbeschaffung zu reden. Aber dieser so bombastisch verkündete Krisenkonferenz blieb eine Angelegenheit der Ankündigung. Urplötzlich ver- kündete die hohe Bürokratie, daß der Kongreß nicht statt- findet, und sie schoben vor den Oesterliedern. Aber dieses war nur ein Verlehnheitsprodukt um das wirkliche Drum und Dran zu vertuschen.

Inzwischen stand nämlich die völlige Kapitulation der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsrat bereits auf der Tages- ordnung. Die gleichzeitig offenbarte, daß die ganze „Aktion“ der Gewerkschaftsbürokratie ein elendes ordinäres Manöver gegenüber dem Proletariat ist.

In der „Frankfurter Zeitung“ enthielt der Chefredakteur derselben, Dr. Artur Feiler, der Mitglied des Reichswirtschafts- rates ist und an den Arbeiter des Zentralausschusses bei der Fertigstellung des Arbeitsbeschaffungsplanes des Reichswirtschafts- rates mitgewirkt hat, daß der Plan des Reichswirtschafts- rates mit allen einschließlich der Stimmen der im Reichswirtschaftsrat vertretenen Gewerkschaften angenommen wurde. Wörtlich vernehmen wir von Feiler: „Damit hat hoffentlich die Arbeit des Wirtschaftsrates zu einer wert- vollen Klärung der öffentlichen Diskussion geführt. Sein Gutachten ist im Zentralausschuß einstimmig angenommen worden, also auch mit den Stimmen der Gewerkschaftler...“

Wie sieht die wertvolle Klärung aus? Hören wir Feiler über die Denkschrift des Reichswirtschaftsrates: „Das Fazit des Berichts, den der Zentralausschuß des Reichswirtschafts- rates soden vorlegt, aber ist klar: an verantwortlichen Ob- jekten für zusätzliche Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand ist in Deutschland gewiß kein Mangel. Aber bei dem Finanzierungsproblem liegen die eigentlichen Schwierigkeiten... Das einzig wirklich entscheidende Problem ist die Beschaf- fung der Mittel. Wo sollen sie herkommen? Der Bericht des Reichswirtschaftsrates untersucht die dafür möglichen Quellen — mit einem sehr zur Bescheidung mahnenden Ergebnis.“

Feiler erzählt dann noch über die verschiedenen Finanz- ermittlungsmöglichkeiten, die im Zentralausschuß erzwungen wurden und kommt zu der Schlussfolgerung, daß die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagenen Mittel so sehr bescheiden sind, daß das Problem eigentlich als ungelöst anzusehen ist. Also? Der Theaterdonner, der da inszeniert wurde, hat sich in hohem Grade vermindert. Die Denkschrift des Reichswirtschaftsrates als das Kernstück aller Arbeitsbeschaffungs- verrät mit aller Deutlichkeit, daß an der Arbeitsmarktlage nichts zu ändern sei, weil nämlich mit der völligen Erschütterung der Produktion auch das Kreditssystem mit aller Schärfe unter den Hammer der Krise gekommen ist. Als einziger „Lichtblick“ erscheint der anrührende freiwillige Arbeitsdienst angewandt in der land- wirtschaftlichen Melioration, der „als besonders produktions- fördernd“ angesehen wird, bedeutet er ja auch mit seinen Koll-Arbeitsbedingungen ein glänzendes Profitgeschäft für das Kapital.

So wird klar, warum der ADOB verzichtete, den Kongreß mit seinen „leidenschaftlichen Ansprüchen“ nicht vom Stapel zu lassen. Was sollten die Leute noch zusammenkommen sie wollten über die Krise und ihre „Bekämpfung“ reden und hatten vorher schon selbst die Krise in ihren Knochen, indem sie im Reichswirtschaftsrat das Urteil über sich selbst fällten, daß sie Pleitezeiter, Bankrottreue sind.

Der Reformismus wird durch die ökonomische Entwick- lung, durch die raue Wirklichkeit der kapitalistischen Todes- krise nicht nur in seinen ideologischen Grundlagen untergrü- pelt, sondern auch in seinen organisatorischen Fundamenten. Wo der Niedergang des Kapitalismus alle reformistischen-demo- kratischen Illusionen entwirft, in dem der Druck auf den Magen der Proletariat immer stärker wird, bersten auch die organisatorischen Träger dieser Illusionen, die Gewerkschaften,

Mit dem weiteren ökonomischen Druck auf die Arbeiterklasse und die mehr als die Lawine der Ueberflüssigen mehr und mehr anschwellt, muß auch die Bürokratie damit rechnen, in ihrer privilegierten Stellung im Verhältnis zur sozialen Lage des Proletariats erschüttert zu werden. Selbst ihr Paradestück, die Unterstützungskassen, drohen zu zerfallen. Angesichts einer derartigen Lage ist die Bürokratie gegenüber einem Gegensatz der Massen zur Organisation und auf erhöhter Stufenleiter zur Politik der Gewerkschaften nur gefeit, wenn alle Hebel in Bewegung gesetzt werden und zwar in Form von Manövern, um die Massen bei der Stange zu halten. Ein derartiges Manöver stellt der Arbeitsbeschaffungsplan mit seinem ur- sprünglichen erwägten Krisenkonferenz dar. Ihr Bankrottstiel- lung im Reichswirtschaftsrat dokumentiert schlagend, daß sie unfähig sind dem Proletariat einen wirklichen Ausweg zu weisen.

Daß die KPD bei dieser utopistischen Arbeitsbeschafferei im Rahmen der bankrotten kapitalistischen Wirtschafts- ordnung nicht fehlen kann, ist nur selbstverständlich. Das ver- langt schon ihre Konkurrenz gegenüber der Arbeiterfront Hindenburg-Front. Sie macht es eben mit dem Massenbrutal als Hebel der Massenbewegung, der bei ihr altbewährten Me- thode. Sie hat zwar kein neues Arbeitsbeschaffungsprogramm; das sind „geschichtliche Dokumente“ mit eisernem Bestand; sie bringt daher das alte vom Mai v. J. und preist es an.

Während die KPD auf der einen Seite die zynische, offene Bankrotterklärung des Reichswirtschaftsrates zum Arbeits- losenproblem mitteln muß, weil die Krise des kapitalistischen Produktionssystems gleichzeitig eine Krise des Kreditystems ist, verkündet die KPD trotzdem einen stauenden Mißweil, daß Geld für Arbeitsbeschaffung da wäre, wenn die kapitalistische Gesellschaft nur den „guten Willen“ zeigen würde. Keine Spur davon, daß die Dinge nicht von dem „guten oder schlechten Willen“ abhängen, sondern daß das Handeln des Kapitalismus ein ökonomisches ehernes Maß ist, weil die heu- tige Wirtschaft von bestimmten Bewegungsgesetzen beherrscht wird, die als Grundlage haben die Kapitalkumulation und den Profit. An Stipps dieser fundamentalen Wirklichkeit setzt die KPD die idealistische Spekulation. Sie demonstriert damit nur, daß der Marxismus für sie nur noch in der Karikatur da ist.

Von dieser opportunistischen Grundeinstellung aus gesehen, ist die heutige Arbeitsbeschaffungsplanung der KPD ein Kuriosum von Forderungen. Ansetzung der Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich, dem Verbot von Entlassungen, in den Betrieben, dem Wiederher- stellen der alten Löhne vor zwei Jahren usw.; über die Schaf- lung neuer Arbeitsmöglichkeiten durch ein großzügiges Bau- programm, kommen wir zu Finanzierungsmöglichkeiten durch Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke (Armee, Marine, Justiz, Polizei) und anderen Dingen mehr.

Dieser Utopismus der KPD ist kaum zu überbieten. An- statt rücksichtslos die noch vorhandenen Illusionen in den Massen über die Machtverhältnisse im Kapitalismus und seinem Klassenstaat zu zertrümmern, muß bei einem derartigen oppor- tunistischen Brei von Posten gerade die Keimzelle der Medaille in Erscheinung treten. Das ist die KPD, die sich ihrer organi- sierten politischen Gewalt zur Niederhaltung der Arbeiterklasse entledigen soll — um nur ein Beispiel zu nennen —, nur damit die KPD mit ihrem Arbeitsbeschaffungsplan zurecht kommt, muß schon als grotesker Witz der Weltgeschichte gewertet werden. Durch eine derartige Politik leistet die KPD in der Front derer, die die Arbeiterklasse von ihrer ureigensten Klassenaufgabe abhalten, ebenfalls ihr Gutes. Ja, sie erscheint noch gefährlicher, weil sie sich in der Maske des Pseudo- Radikalismus etabliert.

Die Frage steht heute so: Will die kapitalistische Gesell- schaft ihr Lebensprinzip, auf dem sie nur existieren kann, die Akkumulation und den Profit, aufrechterhalten, so muß die Massenvernichtung permanenter Charakter haben. Erkennt

die Arbeiterklasse diese Grundtatsache, so wird sie auch die durch eine Belöbung der Industrie der Reformismus ze- reitert werden kann, sind zu bloß, um ihre Chance zu greifen, und fassen weiter vom Anschluß an das deutsche Brodwerk, als ob nicht dem Programm der Internationale alle Völ- ker der Erde Brüdervölker wären.

Die internationalen Gegensätze werden, und die Klassenkämpfe werden, und die Donauföderation wird von ihnen gerzert werden, nicht anders als die deutsch-österreichische Zollunion. Die Imperialisten sprechen von „Rettung“, wenn sie Ausbeutung meinen, sie kön- nen die schwachen Staaten nicht retten, weil sie nicht einmal sich selbst retten können. Die Synthese der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, die Ueberwindung ihrer Gegen- sätze und damit der nationalen Gegensätze überhaupt, kann nur erfolgen in der kommunistischen Bedarfswirtschaft.

Hinter der Fratze der Begeisterung für parlamentarischen Tamtam lodert das Feuer eines neuen Aderlasses am Proletariat in Form von neuen gewaltigen Massenentlassungen, Unterstützungssabbas und einer weiteren generellen Lohn- abbauoffensive hervor.

Diese Dinge sind schließlich trotz alledem die Triebkraft, daß der proletarische Riese aus seinem Dornröschenschlaf er- wachen muß, um Weltgeschichte zu machen durch das Welt- gericht über die verfallende Ausbeuterordnung, um durch den Aufbau des Kommunismus den Schritt zu vollziehen aus dem Tierreich in das Reich ökonomischer Freiheit. Diese Ent- wicklung kann wohl durch Tricks der vereinten bürgerlich-parlamentarisch-gewerkschaftlichen Front gehemmt, doch nicht entgültig aufgehalten werden.

### Sozialistische Rundschau

#### Ein Traum der Agonie Donauföderation

Sterbende sprechen in ihren letzten Stunden oft von weiten Reisen oder anderen großen Projekten, mit denen sie sich be- fassen wollen — daran wird man auch erinnert, wenn man die phantastischen Programme vernimmt, mit denen die Staats- männer des sterbenden europäischen Kapitalismus Mitteleuropa und die Agrarländer an der Donau reiten und damit die Grund- lagen für eine europäische „Wiederzukunft“ schaffen wollen. Ein Plan, ebenso alt und ebenso romantisch wie die deutsch-öster- reichische Anschlußpropaganda, besteht in einer Föderation, Zollunion oder wenigstens in Vorzugszöllen zwischen den Län- dern an der Donau: Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien. Während aber der von den Sozial- demokraten so heiß herbeigesehnte „Anschluß“ nichts anderes zur Folge hätte, als den vollständigen Zusammenbruch der In- dustrie in Oesterreich und einen Zustrom von sechs Millionen Bettlern nach Deutschland, könnte die „Donauföderation“, wenn sie möglich wäre, den beteiligten Staaten allerdings grobe wirtschaftliche Vorteile bringen und das Leben des europäischen Kapitalismus beträchtlich verlängern — es fragt sich nur, welche der entscheidenden imperialistischen Mächte daran überhaupt ein Interesse hat? Ungarn, Jugosla- wien und Rumänien könnten ihren Ueberfluß an Agrarpro- dukten zum Teil in Oesterreich und der Tschechoslowakei absetzen, diese beiden Länder würden für ihre In- dustrie ein riesiges neues Absatzgebiet gewinnen, welches im gleichen Ausmaß natürlich die anderen Industrieländer ver- loren gäbe. Besonders die deutsche Industrie würde sich sehr freuen, wenn die Donaumarkit überfluten „wozu hat man denn eigentlich das Habsgutreich zertürmert, können die 45 Millionen Mark eingesparrt werden“. Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzip- aler alle bleiben, so bedeutet die Sovorsorschau nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnabbau und verschärfte Aus- beutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

Für 46,4 Millionen Mark Kredite zur Betriebsführung über- nimmt das Reich die Bürgerschaft und läßt seine am 1. April 1932 fälligen Forderungen stehen und zwar bei Lappan 8, bei Lloyd 8, bei Hamburg-Süd 1,5 und bei Hausa 1,5 Millionen Mk. Für weitere 6,6 Mill. Arbeitsbeschaffungskredite übernimmt das Reich ebenfalls die Bürgerschaft. Und schließlich zahlt das Reich noch ohne jede Gegenseitigkeit 23 Millionen Mark „Abwrack- geld“ für die — neue Schiffe gebaut werden sollen! Es wird nicht lange dauern, und sie werden auf Reichskosten wieder abgewrackt werden.

Im Ganzen hat das Reich viel mehr in die Schiffahrtse- konomie investiert als in den gesamteuropäischen Wert. Dafür bekommt es von den 30 Aufsichtsratsmitgliedern der zusam- mengelegten Gesellschaften ein einziges! Acht weitere bedür- fen der Bestätigung des Reiches. Im nächsten Jahre werden 45 Millionen Mark eingesparrt werden. Das das Reich sich auf Direktoren- und Aufsichtsratsposten keine Vorbehalte machte, im Aufsichtsrat aber nichts zu sagen hat, und die alten Prinzip- aler alle bleiben, so bedeutet die Sovorsorschau nichts anderes als die Vorschritt für neuen Lohnabbau und verschärfte Aus- beutung der Arbeiter zugunsten ihrer Partner in der Hindenburgfront.

### Die Probe aufs Exempel!

Zu den Differenzpunkten zwischen Rosa Luxemburg und Lenin gehörte auch die Frage der nationalen Kriege. Die Stellung zu dieser Streitfrage und die damit zusammenhängende Politik war nach dem Kriege nicht nur aktuell, sondern auch von wichtig praktischer Bedeutung.

Vor einigen Wochen gab der Stalinbrief das Signal zum theoretischen Ansprechen der Linie in den Sektionen der Komintern, der Luxemburgismus wurde als wüste Ketzerei er- neut verdammt, und Lenin als Unfehlbarer in den Heiligen Büchern einrangiert. Als Beweis hierfür: 100prozentige Gesinnungstreue schiedlich die Rote Fahne eine ganze Serie wider- räumlicher Erklärungen zwischen den kapitalistischen Klas- senverhältnissen und Beschimpfungen über Rosa Luxemburg, die „Halbmarxistin“. Zum Schluß beschwor sie die Ge- schichte, um die Ueberlegenheit des Leninismus über alles zu beweisen. Skizzieren wir kurz die Auffassungen Rosas und Lenins in dem angeführten Punkte und zeigen wir, welche Politik die KPD als die leninistische Partei darauf durchführt.

Während des Krieges, nach dem schmählichen Zusammen- bruch der II. Internationale, stellte Rosa als Mitglied der Gruppe Internationale „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ auf. In diesen Thesen heißt es unter 5:

„Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung, noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgend welcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausbeutung imperi- rialistischer Egoismen zwischen den kapitalistischen Klas- sen verschiedener Länder, um die Welt Herrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht zum Kapital beherrschten Gebiete. In der Aera dieses entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todelein, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.“

Der Sinn dieser Sätze kann nur der sein, daß nationale Kriege als Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung, über dem Wege der Nationalstaaten, in der Periode der Weltwirt- schaft und Monopole vorbei sind. Die Etappe der nationalen Parteien schwindet trotz aller antarkischen Bestrebungen. Die Orientierung des proletarischen Klassenkampfes hat immer mehr nach internationalen Gesichtspunkten zu erfolgen. Daß die nach dem Weltkrieg unter nationaler Flagge auf tretenden Kriege nur noch Auseinandersetzungen um den Teil an der Aus- beutung sind, nicht mehr ein historisches Maß zum endgültigen Siege des Proletariats bedeuten. Daß dieser veränderten ge- schichtlichen Basis entsprechend auch die Stellung der Arbeiter- klasse gegenüber diesen nationalen Kriegen nicht nur wie vor dem Weltkriege selbständig, sondern auch anders sei.

Rosa Luxemburg sieht in den Kriegen, einschließlich der nationalen, nicht nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern auch Mittel des Klassenkampfes. In der bürgerlichen Geschichte sind Krieg und Klassenkampf keine Gegensätze. Bei ihrer Formulierung vom Ende der nationalen Kriege konnte sie sich auf folgende Stelle in Marx „Der Bür- gerkrieg in Frankreich“ berufen:

„Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Ge- sellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungskrieg, der keinen anderen Zweck hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“

So sollte mit der Behauptung; in der Aera des entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben, gekürzt werden, daß diese Form nationaler Kriege als unter- stützte revolutionäre Grundlage verbleibt ist.

Gegen diesen Punkt der Leitsätze wandte sich Lenin heftig in einem längeren Artikel, der im Sammelbuch des „Sozialdemo- krat“ im Oktober 1916 in der Schweiz erschien. Die Schrift in der Antwort Lenins war mitbestimmend durch die Tatsache, daß diese Fassung verschiedenen Sozialimperialisten dazu diente, ihre „abgeschmackte Propaganda der Abrüstung davon abzuleiten.“

In seinem Artikel zitiert Lenin aus der früheren Geschichte, wie Weltkriege in nationale Kriege umschlagen können. Für den Weltkrieg 1914 betont er den entscheidenden Einfluß der imperialistischen Lage der Dinge“. Aber er hält auch noch nationale Kriege zwischen europäischen Staaten unter bestimm- ten politischen Konstellationen für möglich. Ferner schreibt er:

„Nationale Kriege von seiten der Kolonien und Halb- kolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich... Nationale Kriege gegen die imperialistischen Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, ja, sie sind unvermeidlich und sowohl progressiv, als auch revolutionär.“

Den nationalen Kriegen wird trotz internationaler Monopole noch ein revolutionärer Charakter zugesprochen. Diese leninistische Auffassung hat bestimmte praktische Konsequenzen, die sich in der KPD, als einer bolschewistischen, oder genauer gesprochen, werdenden bolschewistischen Partei, widerspie- geln. Man kann, gewiß nicht ohne Einschränkung, die Politik der KPD als die Politik-Lenin bezeichnen: gerade die Behauptung des progressiv als wie des revolutionären Charak- ters nationaler Kriege bestimmte die Grundlagen der politi- schen Maßnahmen der Komintern und der KPD im Ruhrkrieg und in der chinesischen Revolution! Wohin und zu welchen Konsequenzen dieser Leninismus führte, möge eine kurze Be- trachtung der Geschichte zeigen.

Es läßt sich hier einwenden, daß die Politik der III. Interna- tionalen und ihrer Sektionen zur Deckung der russischen Staatspolitik dient, und darum diese Formen angenommen hat. Gut, das ändert nichts an ihrer leninistischen Linie.

Eine ähnliche Rolle wie gegenüber der Wirth-Rathenaus- Regierung spielte die Komintern 1927 in China gegenüber der Kuo-Min-Tang-Partei, deren Politik als nationaler Befreiungs- kampf bedenklos und bedingungslos unterstützt wurde. Die „Rote Fahne“ überschlug sich bald vor Begeisterung. Nach dem Siege dieser chinesischen Keremki brachte sie auf der ersten Seite ein Bild mit der Uberschrift „Die Fahne der Kuo-Min- Tang weht über Schanghai“. Den blühen Henker Tschangka- shek als den Vorkämpfer für revolutionären Fortschritt (selbst 1927) zu feiern, das ist die tragische aber furchtbare Frucht von Progressivität nationaler Kriege auch in der Zeit des Monopolkapitalismus. Das ist das völlige Verkennen der Klassenaufgaben des internationalen Proletariats.

Die Taten reiten schnell. Und die „Rote Fahne“ sollte das fürwärtige Beschwören der Geschichte, um die Kette kuxen- burgischer Fehler zu beweisen, vorsichtigerweise unter- lassen. Kette von Fehlern? Ja! Aber wo?

KAZ Nr. 2 und 3

### Die „Kultur“ macht Fortschritt

Münster. Fünf Monate lang hatte im hiesigen Gerichtsge- fängnis der ungarische Staatsangehörige Josef Sarnyel in Unter- suchungshaft gesessen, da er sich des Mordes beschuldigt. Alle Bemühungen der Behörden waren vergeblich — Sarnyel's Opfer konnte nicht gefunden werden. Jetzt, nach fünf Monaten, trafen die Erhebungsakten der ungarischen Behörden ein. Es hat sich nun herausgestellt, daß der „Mörder“ die Tat frei erunden hat. Nach dem Bezeuggrund dieser Irreführung der hohen Justiz be-

### Die Probe aufs Exempel!

Zu den Differenzpunkten zwischen Rosa Luxemburg und Lenin gehörte auch die Frage der nationalen Kriege. Die Stellung zu dieser Streitfrage und die damit zusammenhängende Politik war nach dem Kriege nicht nur aktuell, sondern auch von wichtig praktischer Bedeutung.

Vor einigen Wochen gab der Stalinbrief das Signal zum theoretischen Ansprechen der Linie in den Sektionen der Komintern, der Luxemburgismus wurde als wüste Ketzerei er- neut verdammt, und Lenin als Unfehlbarer in den Heiligen Büchern einrangiert. Als Beweis hierfür: 100prozentige Gesinnungstreue schiedlich die Rote Fahne eine ganze Serie wider- räumlicher Erklärungen zwischen den kapitalistischen Klas- senverhältnissen und Beschimpfungen über Rosa Luxemburg, die „Halbmarxistin“. Zum Schluß beschwor sie die Ge- schichte, um die Ueberlegenheit des Leninismus über alles zu beweisen. Skizzieren wir kurz die Auffassungen Rosas und Lenins in dem angeführten Punkte und zeigen wir, welche Politik die KPD als die leninistische Partei darauf durchführt.

Während des Krieges, nach dem schmählichen Zusammen- bruch der II. Internationale, stellte Rosa als Mitglied der Gruppe Internationale „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ auf. In diesen Thesen heißt es unter 5:

„Der Weltkrieg dient weder der nationalen Verteidigung, noch den wirtschaftlichen oder politischen Interessen irgend welcher Volksmassen; er ist lediglich eine Ausbeutung imperi- rialistischer Egoismen zwischen den kapitalistischen Klas- sen verschiedener Länder, um die Welt Herrschaft und um das Monopol in der Aussaugung und Unterdrückung der noch nicht zum Kapital beherrschten Gebiete. In der Aera dieses entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todelein, dem Imperialismus, dienstbar zu machen.“

Der Sinn dieser Sätze kann nur der sein, daß nationale Kriege als Voraussetzung der kapitalistischen Entwicklung, über dem Wege der Nationalstaaten, in der Periode der Weltwirt- schaft und Monopole vorbei sind. Die Etappe der nationalen Parteien schwindet trotz aller antarkischen Bestrebungen. Die Orientierung des proletarischen Klassenkampfes hat immer mehr nach internationalen Gesichtspunkten zu erfolgen. Daß die nach dem Weltkrieg unter nationaler Flagge auf tretenden Kriege nur noch Auseinandersetzungen um den Teil an der Aus- beutung sind, nicht mehr ein historisches Maß zum endgültigen Siege des Proletariats bedeuten. Daß dieser veränderten ge- schichtlichen Basis entsprechend auch die Stellung der Arbeiter- klasse gegenüber diesen nationalen Kriegen nicht nur wie vor dem Weltkriege selbständig, sondern auch anders sei.

Rosa Luxemburg sieht in den Kriegen, einschließlich der nationalen, nicht nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern auch Mittel des Klassenkampfes. In der bürgerlichen Geschichte sind Krieg und Klassenkampf keine Gegensätze. Bei ihrer Formulierung vom Ende der nationalen Kriege konnte sie sich auf folgende Stelle in Marx „Der Bür- gerkrieg in Frankreich“ berufen:

„Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Ge- sellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungskrieg, der keinen anderen Zweck hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“

So sollte mit der Behauptung; in der Aera des entsetzten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben, gekürzt werden, daß diese Form nationaler Kriege als unter- stützte revolutionäre Grundlage verbleibt ist.

Gegen diesen Punkt der Leitsätze wandte sich Lenin heftig in einem längeren Artikel, der im Sammelbuch des „Sozialdemo- krat“ im Oktober 1916 in der Schweiz erschien. Die Schrift in der Antwort Lenins war mitbestimmend durch die Tatsache, daß diese Fassung verschiedenen Sozialimperialisten dazu diente, ihre „abgeschmackte Propaganda der Abrüstung davon abzuleiten.“

In seinem Artikel zitiert Lenin aus der früheren Geschichte, wie Weltkriege in nationale Kriege umschlagen können. Für den Weltkrieg 1914 betont er den entscheidenden Einfluß der imperialistischen Lage der Dinge“. Aber er hält auch noch nationale Kriege zwischen europäischen Staaten unter bestimm- ten politischen Konstellationen für möglich. Ferner schreibt er:

„Nationale Kriege von seiten der Kolonien und Halb- kolonien sind in der Epoche des Imperialismus nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich... Nationale Kriege gegen die imperialistischen Staaten sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, ja, sie sind unvermeidlich und sowohl progressiv, als auch revolutionär.“

Den nationalen Kriegen wird trotz internationaler Monopole noch ein revolutionärer Charakter zugesprochen. Diese leninistische Auffassung hat bestimmte praktische Konsequenzen, die sich in der KPD, als einer bolschewistischen, oder genauer gesprochen, werdenden bolschewistischen Partei, widerspie- geln. Man kann, gewiß nicht ohne Einschränkung, die Politik der KPD als die Politik-Lenin bezeichnen: gerade die Behauptung des progressiv als wie des revolutionären Charak- ters nationaler Kriege bestimmte die Grundlagen der politi- schen Maßnahmen der Komintern und der KPD im Ruhrkrieg und in der chinesischen Revolution! Wohin und zu welchen Konsequenzen dieser Leninismus führte, möge eine kurze Be- trachtung der Geschichte zeigen.

Es läßt sich hier einwenden, daß die Politik der III. Interna- tionalen und ihrer Sektionen zur Deckung der russischen Staatspolitik dient, und darum diese Formen angenommen hat. Gut, das ändert nichts an ihrer leninistischen Linie.

Eine ähnliche Rolle wie gegenüber der Wirth-Rathenaus- Regierung spielte die Komintern 1927 in China gegenüber der Kuo-Min-Tang-Partei, deren Politik als nationaler Befreiungs- kampf bedenklos und bedingungslos unterstützt wurde. Die „Rote Fahne“ überschlug sich bald vor Begeisterung. Nach dem Siege dieser chinesischen Keremki brachte sie auf der ersten Seite ein Bild mit der Uberschrift „Die Fahne der Kuo-Min- Tang weht über Schanghai“. Den blühen Henker Tschangka- shek als den Vorkämpfer für revolutionären Fortschritt (selbst 1927) zu feiern, das ist die tragische aber furchtbare Frucht von Progressivität nationaler Kriege auch in der Zeit des Monopolkapitalismus. Das ist das völlige Verkennen der Klassenaufgaben des internationalen Proletariats.

Die Taten reiten schnell. Und die „Rote Fahne“ sollte das fürwärtige Beschwören der Geschichte, um die Kette kuxen- burgischer Fehler zu beweisen, vorsichtigerweise unter- lassen. Kette von Fehlern? Ja! Aber wo?

KAZ Nr. 2 und 3

### Die „Kultur“ macht Fortschritt

Münster. Fünf Monate lang hatte im hiesigen Gerichtsge- fängnis der ungarische Staatsangehörige Josef Sarnyel in Unter- suchungshaft gesessen, da er sich des Mordes beschuldigt. Alle Bemühungen der Behörden waren vergeblich — Sarnyel's Opfer konnte nicht gefunden werden. Jetzt, nach fünf Monaten, trafen die Erhebungsakten der ungarischen Behörden ein. Es hat sich nun herausgestellt, daß der „Mörder“ die Tat frei erunden hat. Nach dem Bezeuggrund dieser Irreführung der hohen Justiz be-

### Remmel: Die Sowjet-Union

Im Rahmen der Propaganda für die Sowjetunion als das Vaterland der Arbeiter hat die kommunistische Partei eine Zusammenfassung des bisher in Rußland geleisteten industriellen und landwirtschaftlichen Aufbaues herausgegeben. Es ist da- bei vollkommen selbstverständlich, daß diese Arbeit „als das Werk des Sozialismus als erste Etappe der Weltrevolution“ ge- schildert wird.

Auf der einen Seite steht für den Verfasser der sterbende Kapitalismus und auf der anderen Seite der blühende Sozialis- mus Rußlands. Es ist für ihn außerordentlich leicht, statistisch nachzuweisen, daß die kapitalistische Krise einen ungeheuren Rückgang der Produktivität mit sich bringt und daß der indus- trielle Aufbau Rußlands zentrale Wandelleistungen voll- bringt. Diese prozentuale Berechnung bedeutet selbstverständ- lich eine ungeheure Irreführung über den wahren Charakter der Entwicklung der russischen Wirtschaft, denn der Ausgangs- punkt der Betrachtungen ist die absolute Rückständigkeit der russischen Wirtschaft in der Vorkriegszeit und in der Zeit seit Beginn des Wiederaufbaues. Charakteristisch ist, daß ge- nauso wie im Zarismus auf der einen Seite der in seinen Dimen- sionen in den europäischen Industrieländern nicht erreicht, sondern Großbetrieb der Schwerindustrie und der Landwirtschaft steht, während der spezialisierte und qualifizierte Arbeitskräfte be- nötigte Betrieb der Leichtindustrie, besonders der Maschinen- spezialindustrie ungeheurer zugenommen ist. Die Folge dieser Entwicklung ist auch die völlig manuelle Versorgung der Arbeiterschaft mit Industrieprodukten. Dies trifft besonders für die Textil- und Lederindustrie zu.

Die große Desorganisation im Transportwesen beruht gleichfalls auf der zaristischen Erbschaft. Auch hier konnte eine erhebliche Verbesserung nicht erreicht werden, trotzdem Riesenwerke errichtet wurden, die an Größe und an technischer Ausführung den amerikanischen Weltwundern in keiner Weise nachstanden. Die ganze russische Genialität zeigt sich im Ent- werfen glänzender Pläne und in einer ungeheuren Propaganda. Für diese Pläne selbstverständlich ist, daß in einem Lande, in dem die Industrialisierung sich erst in den Anfängen befindet, ein ungeheurer Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist. Infolge dessen ist auch die Arbeitslosigkeit unbekannt. Dadurch, daß die Arbeiterschaft in Verhältnis zu den Produktionsmitteln eine erhebliche Quelle der Erwerbslosensmöglichkeiten verstoßt. Es ist auch nicht zu verkennen, daß in Rußland mit ungeheurer

Geschick die Heroisierung der Arbeit als Arbeit für den Sozialis- mus betrieben worden ist. Trotz aller ideologischen Beeinflussung war man aber gezwungen, die Produktion zu steigern und Leistungssystem zur Steigerung der Produktivität der Arbeit zu übernehmen. Der gleiche Lohn wurde abgeschafft und eine sehr ausgebildete Lohnstufenleiter entwickelt. Zwar wurde dem Lohn der Satz aufgestellt, daß der Lohn der Arbeit- zialismus nicht mehr der Preis für die Ware Arbeitskraft, son- dern der Anteil des Arbeitenden an gesellschaftlichen Gesamt- produkt. Praktisch aber wird der Lohn durchaus den Pro- duktionsleistungen des einzelnen Arbeiters in der Industrie an- gepaßt. Es ist nach den Angaben von Remmel den Arbeitern möglich, „durch eigene Qualifikation und Initiative ihren Lohn um hundert und mehr Prozent zu steigern. Wo groß der Unter- schied in der Lohnhöhe ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Lohn eines hochqualifizierten Metallarbeiters das 3-4fache des Lohnes eines ungeleiteten Arbeiters ausmacht.“

Remmel versteht die Statistik so geschickt zu handhaben, daß er schließlich ausrechnet, daß der Reallohn eines deutschen Arbeiters noch unter dem Reallohn eines russischen Arbeiters liegt, ohne daß er dabei den sogenannten Soziallohn, den beson- deren Zuschuß des russischen Arbeiters in Rechnung zieht. Daß sich eine Rechnung einbarer Unsinns ist und Unsinns sein muß, liegt auf der Hand. Es kommt aber auch nicht darauf an, in welchem Verhältnis der Reallohn des russischen Arbeiters zu dem Reallohn des westeuropäischen Arbeiters liegt, sondern auf die Relation gegenüber der Vorkriegszeit. Auch innerhalb des Kapitalismus hat sich die Situation des Arbeiters in der Zeit vom Frikkapitalismus bis zum Beutlohnkapitalismus gewandelt. Der Abstieg begann erst mit der Herrschaft des Monopolkapitals. Daher ist der Aufstieg des Real- lohnes des russischen Arbeiters kein Kriterium dafür, ob in Rußland sich ein kapitalistischer oder sozialistischer Aufbau vollzieht.

Die russische Planwirtschaft selbst ist nur eine Planwirt- schaft für die Verteilung der Akkumulation auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Es steht aber nicht der Verteilung der Ak- kumulation auch ein Verteilungssystem der Produktion auf die Konsumenten gegenüber. Der russische Staat ist der Faktor, in dem sich die gesamte Akkumulation konzentriert. Es genügt ihm einseitiges die Akkumulation, die sich in der Produktion, in dem diktierten Verhältnis zwischen Lohn und Preis ergibt, sondern er verstärkt auch seine Einnahmen in gleicher Weise wie der kapitalistische Staat durch direkte und indirekte Steuern. Dabei verringert er den Lohn noch durch Zwangsmit- tel, mit denen er den Lebensstandard der Arbeiterschaft ein- engt und seine Akkumulation vergrößert.

In Rußland vollzieht sich ein planmäßiger Staatskapitalis- mus auf fast reiner Binnengrundlage. Durch die Absperrung

gegenüber dem Ausland, die mehr unfreiwillig als freiwillig ist, muß der gesamte Industrie- und landwirtschaftliche Produk- tion auf die Mittel und Möglichkeiten des russischen Pro- letariats abgestellt werden. Die Produktion besteht in der haupt- sächlichsten Aufgabe innerhalb der russischen Planwirtschaft darin, diesen Rohstoffreichtum aufzudecken, um ihn planmäßig zu verwenden. Diese Aufgabe wird durch eine Zusammenfas- sung der gesamten russischen Bevölkerung erfüllt. Es fragt sich nun: wer oder welche Klasse führt diese Aufgabe durch? Zweifelslos stützt sich nach außen das Sowjetssystem auf die industrielle Arbeiterschaft und auf das kleine und mittlere Bauerntum. Infolge der Rückständigkeit des russischen Ar- beiters und Bauern in industrieller Beziehung vollzieht sich diese Entwicklung durch das Diktat des Verwaltungsapparates, der bis ins letzte die Arbeitsmöglichkeiten durchorganisiert hat. Nicht der russische Arbeiter beherrscht den Verwaltungsapparat, sondern der Verwaltungsapparat beherrscht ihn. Daß sich dieser Verwaltungsapparat dabei auch über die Unterstützung des russischen Arbeiters und Bauern bedient und ihn für die Um- wandlung des russischen Systems in ein sozialistisches System vom Verwaltungsapparat gestellte Aufgabe interessiert, ist ein Beweis dafür, daß es sich hier um eine freiwillige Arbeit aus Ehrenliebe heraus handelt, daß der einzelne für seine Klasse und für die gesamte Nation wirklich Gemeinnützig geworden wäre, so wäre kein Prämiens- und Lohnsystem notwendig gewesen. Wenn aber der Verwaltungsapparat herr- schend ist, so ist eben diese Sicht mit ihren Notwendigkeiten für die gesamte Entwicklung der Wirtschaft. Die „Sowjets“ haben in der Wirklichkeit ebenso wenig etwas zu sagen wie das souveräne Volk in den demokratisch regierten Staaten. Das Gesetz des Handels wird ihm vom Verwaltungs- apparat diktiert. Daß dieser Verwaltungsapparat an sozialen Reformen unheimlich mehr leistet und leisten kann, liegt in der diesem System liegenden, Ersparnis von Verwaltungskosten gegenüber dem kapitalistischen System, wenn das Proletariat in Rußland wirklich an die Macht kommt, wenn das Proletariat den Druck dieses Verwaltungsapparates wird sich mit der wachsenden Industrialisierung mit Notwendigkeit gewaltsam auferlegt werden.

Es lohnt sich aber immerhin für die gesamte Arbeiterschaft, den Weg des russischen Proletariats mit großem Interesse zu verfolgen und aus ihnen Nutzenwendungen zu ziehen. Deshalb kann auch die Lektüre des Buches jedem kritisch denkenden Arbeiter empfohlen werden.

Es ist jetzt viel von der Notwendigkeit ritterlicher Kampfs die Rede. Dazu liefert ihr heute einen Beitrag. Vor mir stehen fast 1000 stahlhart behütete Männer, ausgerüstet mit guten Waffen, geschult für den Kampf! Aus 1000 Gefährlichen, in die heute jeder schämen kann, der von gewaltsamer Machtergreifung träumt, können nicht mehr geschossen werden, sondern die Kugeln treffen auch. Es kommt nicht zu den Waffen, wie wir die jetzt durchleben. Aber- man weiß, woran er ist, die Polizei, die Bürgerschaft und falls es andere Leute geben sollte, auch diese.“

\*) geb. 2,85 Mk. Verlag C. Hoym Nachf., Berlin-Hamburg

